**Gisela Niclas, Fraktionsvorsitzende der SPD Bezrisktagsfraktion**
**Haushaltsrede in der Sitzung des Bezirkstages am 11.12.2019**

In zwei Verhandlungsrunden der Fraktionsvorsitzenden haben wir in den letzten Tagen den Haushalt 2020 besprochen. In der heutige Sitzung sind nicht alle Bezirkstagsmitglieder anwesend. Diese Situation erfordert Kompromisse. Die haben wir gestern verhandelt und gefunden. Die SPD-Fraktion wird sie mittragen. Die Forderung der CSU-Fraktion, gänzlich auf Anträge zu verzichten, ist für uns keine Option. Unser Recht auf politische Gestaltung lassen wir uns nicht nehmen. Unabhängig von der Besetzung des Gremiums ist es unser Ziel, heute einen Haushalt mit möglichst breiter Mehrheit zu verabschieden.
**Die SPD wird diesem Haushalt zustimmen. Er enthält Inhalte, Projekte und Ziele in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur und Umwelt, die wir als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ausdrücklich unterstützen.**

**2020** gehen wir mit der **Umsetzung der personenzentrierten Hilfe** endgültig den neuen Weg, den uns das BTHG vorgibt. Es geht nicht mehr um ambulante, teilstationäre oder stationäre Hilfen, nicht mehr um Tagessätze in Einrichtungen. **Es geht darum, was der einzelne Mensch mit Handicap braucht für Teilhabe beim Wohnen und Arbeiten, bei Bildung, Kultur, Freizeit und Mobilität.**

**Der Haushaltsentwurf 2020 kommt mit 977 Millionen € der Milliardengrenze immer näher.** Den größten, erneut gestiegenen Anteil hat wie immer der Sozialhaushalt mit rund 816 Mio. €. Darin enthalten sind höhere Ausgaben aufgrund von Änderungen der Bundes- und Landesgesetzgebung, z.B. durch das Angehörigenentlastungsgesetz, trotzdem fehlt -wie immer – die angewandte Konnexität. Die finanziellen Folgen dieser Gesetze werden wieder einmal auf die kommunale Ebene abgewälzt. Der Freistaat steuert mit 153 Millionen zu unserem Haushalt genau so wenig bei wie bisher. Die Städte und Landkreise stemmen weiter den Löwenanteil am Bezirkshaushalt. Über den Klageweg sollten wir nicht nur nachdenken, wir sollten den Mut haben, ihn endlich zu beschreiten.

Der Anteil der Bezirke am **Finanzausgleich** für 2020 stagniert beim Vorjahresniveau von 691 Mio. €. CSU-Bezirketagspräsident Löffler begrüßt sogar, dass die Summe nicht gekürzt wurde. Das ist ein Kotau ohne Mut und Biss gegenüber der Staatsregierung, aber keine konsequente Interessensvertretung der 7 bayerischen Bezirke. Sein Vorgänger Mederer hätte da andere Worte gefunden, da bin ich mir sicher.

Also weiter Fehlanzeige in Sachen fairer Finanzausgleich! Für uns Bezirke muss die Reform des FAG auf der Tagesordnung bleiben. Zu fordern ist ein angemessener Anteil der Bezirke am Steuerverbund und eine Erhöhung des Gesamtvolumens, damit das unwürdige Konkurrieren der kommunalen Spitzenverbände endlich ein Ende hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und FW, macht euch stark für eine Aktualisierung eurer Koalitionsvereinbarung in Bayern. Die Bezirke kommen darin nämlich bis heute nicht vor.

**Der Haushaltsentwurf 2020 weist ein Defizit von rund 14 Mio. € auf. Das können wir ausgleichen und trotzdem in 2020 die Bezirksumlage stabil halten.** Die SPD plädiert für die vollständige Entnahme der Rücklage in Höhe von 13,8 Mio. €. Wir sind umlageberechtigt. Für die Haushaltsgenehmigung müssen wir keine Mindestrücklage vorhalten. Wir sparen dadurch sogar noch - nämlich Strafzinsen zwischen 70.000 und 80.000 € für das Geld auf der hohen Kante. Den nach der Antragsberatung noch offenen Rest können wir finanzieren durch eine Reduzierung der Zuführung zum Vermögenshaushalt. In Niedrigzinszeiten Investitionen durch Kredite bzw. maßvolle Neuverschuldung zu finanzieren, ist kein Teufelswerk sondern wirtschaftliche Vernunft. Bei der Bezirksumlage streben wir auch für die Jahre nach 2020 eine Verstetigung an, auch wenn die vom Kämmerer vorgelegten Zahlen für die mittelfristige Finanzplanung eine Erhöhung prognostizieren.

Der Haushalt 2020 ist ein Übergangshaushalt. Für den künftigen Bedarf im Sozialhaushalt nach den neuen BTHG-Regeln werden Haushaltsansätze berechnet, von den wir heute nicht wissen, ob sie in dieser Höhe überhaupt benötigt werden; Die Entwicklung der einzelnen Bereiche muss sorgfältig beobachtet und bewertet werden. Dafür ist unser Controlling inzwischen gut aufgestellt. Das wurde beim Gespräch mit den Landräten und Oberbürgermeistern letzten Freitag sehr positiv aufgenommen. An dieser Stelle möchte ich unserem Bezirkstagspräsidenten ausdrücklich danken für die sachliche, kollegiale und auf Augenhöhe bedachte Gestaltung des finanzpolitischen Dialogs mit den Repräsentanten unserer Umlagezahler.

Die **Personalausgaben** steigen wieder um fast 7 Mio. € bzw. um 6,6 %. Das bedeutet erneut eine Stellenmehrung im hohen zweistelligen Bereich besonders im Sozialreferat. Die SPD wird auch dem Personalhaushalt und damit dieser Stellenmehrung zustimmen. Wir wollen die Voraussetzungen sichern für gute Arbeitsbedingungen bei der Umsetzung bisheriger und neuer gesetzlicher Rechte unserer Klienten. Die Stellenbesetzung wird aber trotz verstärkter Anstrengungen in der Ausbildung von Nachwuchskräften immer schwieriger. Wie bedauern, dass es offenbar in naher Zukunft nicht möglich sein wird, den Grundsatz „Hilfen aus einer Hand“ verwaltungstechnisch umzusetzen. Wir bitte alle Verantwortlichen, unter Beachtung der Ergebnisse aus der Organisationsuntersuchung die personellen Strategien zu überdenken. Wir wünschen uns, dass ebenso wie das Servicezentrum in Nürnberg und die Sprechstunden vor Ort in den Städten und Landkreisen auch der Erweiterungsbau unseres Bezirksrathauses ein Ort des Austauschs zwischen Menschen mit Handicaps und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird.

Der **Stiftungshaushalt** leidet weiter unter der Niedrigzinspolitik. Wir halten es für vertretbar und erforderlich, Aufgaben in den Verwaltungshaushalt zu verschieben. Wir sind aber bereit, den gestern verhandelten Kompromiss zu akzeptieren, im 1. Halbjahr 2020 ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten. Rasenmäherkürzungen, wie sie die AfD fordert, erteilen wir allerdings bereits heute eine Absage. Das würde die vielen Zuschussempfänger im Bereich der Breitenkulturarbeit, die mit relativ niedrigen Geldbeträgen kreative, multikulturelle Arbeit leisten, empfindlich treffen.

Die **Bezirkskliniken** brauchen auch in 2019 Jahr keinen Defizitausgleich aus dem Bezirkshaushalt. Dafür danken wir ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne deren Arbeit das nicht möglich wäre. Die Neustrukturierung der kollegialen Führungsebene ist auf den Weg gebracht, die personelle Besetzung muss nun zügig erfolgen. **Die Rückführung der Service-GmbH ist für uns als SPD die nächste wichtige Aufgabe.** Ganz gleich ob am Krankenbett, in der Küche oder bei Reinigungsarbeiten – alle arbeiten zusammen und gehören daher in ein- und denselben Tarifbereich. Damit können kostenintensive Schnittstellen und teure Managerentgelte entfallen. Die Leitung eines re-integrierten Service-Betriebes kann ohne Weiteres nach Tarif bezahlt werden.

Abschließend noch einige Ausführungen zu unseren Anträgen:

- Unser Schwerpunkt seit mehreren Jahren ist der weitere Ausbau der psychosozialen ambulanten Hilfen. Wir begrüßen, dass die Projekte des Runden Tisches „Sucht“ für 2020 bereits im Haushalt finanziert sind. Am Abbau des Antragsstaus muss aber weiter gearbeitet werden. Vor 4 Jahren waren das noch 2 Mio., jetzt sind wir bei der Hälfte. Für 2020 beantragen wir 400 000 €. Gestern im Fraktionsvorsitzendengespräch hat sich gezeigt, dass es dafür dieses Jahr offenbar keine Mehrheit und allenfalls einen Kompromiss gibt. Weil der Abbau des Antragsstaus wichtig ist – ich verweise auf den Brief, den uns Frau Brüggen, die Sprecherin aller mittelfränkischen PSAGs hat zukommen lassen, - darf es heute keine Nullrunde geben. Trotz der gestrigen Absprache bitte ich darum, Folgendes zu überlegen**: Der Haushaltsansatz Eingliederungshilfe 2020 beträgt 525,5 Mio. €, Wir ziehen davon die 23 Mio.€ für die Haushaltsstelle 4701.7001 ab; das macht rund 502 Mio. €. Den Haushaltsansatz in der EGH reduzieren wir um 0,07968 oder gerundet um 0,08 %. Dadurch könnten wir die 400 000 € durch Umschichtung sichern.**
  Ich bin fest überzeugt, dass wir bei dieser minimalen Reduzierung keinem einzigen Klienten etwas wegnehmen. Wir könnten aber **erneut eine überzeugende Priorität setzen im Ausbau der ambulanten psychosozialen Hilfen**.
  Ich gehe davon aus, dass wir diese Überlegung heute voraussichtlich nicht umsetzen werden. Ich kündige aber an, dass wir als SPD das Thema Umschichtung in 2020 auf die Tagesordnung setzen werden.

- Wir wollen die möglichst **flächendeckende Einführung von Pflegestützpunkten:** Nach der Einigung der kommunalen Spitzenverbände mit den Kranken- und Pflegekassen soll der Bezirk jetzt tätig werden, die Anschubfinanzierung aus dem laufenden Haushalt erfolgen.

- Die **Förderung ambulanter Netzwerke in der Hospiz- und Palliativversorgung** wollen wir als Aufgabe im Haushalt verankern.

- **Wir fordern eine Informationskampagne und ein Konzept zur Umsetzung des neuen BTHG-Rechtes „Budget für Arbeit“: 10 000 €.** Menschen mit Behinderung sollen dabei unterstützt werden, ihr neues Wahlrecht zwischen einem Platz in der Behindertenwerkstatt und auf dem Arbeitsmarkt auch ausüben zu können.

- **Wir wollen die zeitlich begrenzte Fortführung der Kulturförderung für das einzigartige Museum Solnhofen,** um gemeinsam mit Stadt und Landkreis die Möglichkeit zur Entwicklung eines nachhaltigen Zukunftskonzeptes zu sichern.
-
- Bei der **Förderung des Bezirksjugendrings** sind wir bereit, einen Kompromiss mit zu tragen. Den heute anstehenden Beschluss zum **Grundlagenvertrag** begrüßen und unterstützen wir. Damit wird dem Bezirksjugendring endlich die das Haushaltsjahr übergreifende Planungssicherheit für die weitere Entwicklung der Arbeit gesichert. Mehr noch: Die Tarifsteigerungen sind inbegriffen, der Zuschuss wird entsprechend dynamisiert.

- Die **Förderung des Jugendaustauschs mit Tschechien** durch Finanzierung aus der bestehenden HH-Stelle ist uns mit Blick auf die Völkerverständigung in Europa besonders wichtig.

- **Wir wollen erneut ein Zeichen gegen wachsenden Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Wir begrüßen den zügigen Aufbau der Synagoge Allersheim im Freilandmuseum Bad Windsheim. Auch wir beantragen die finanzielle Unterstützung der Allianz gegen Rechtsextremismus.**

Von Franz Kafka stammt das Zitat „Wege entstehen dadurch dass man sie geht“. Ich hoffe sehr, wir werden mit einer möglichst breiten Mehrheit den Weg zum Haushaltsbeschluss für 2020 finden. Ich danke allen Mitarbeiter*innen in der Bezirksverwaltung, in den Kliniken und in den vielen bezirkseigenen Einrichtungen, in den Einrichtungen und sozialen Diensten in ganz Mittelfranken, im Haupt- und im Ehrenamt für ihre Arbeit. Stellvertretend für alle nenne ich Frau Personalratsvorsitzende Graf und Frau Feisthammel, die Vorsitzende des mittelfränkischen Behindertenrates.

Ich bedanke mich stellvertretend für die Bezirksverwaltung bei Frau Verwaltungsdirektorin Eppe-Sturm, und Herrn Kämmerer Weispfenning für die sachkundige Unterstützung und Zusammenarbeit während der Haushaltsberatungen und während des ganzen Jahres.

Danke an Armin Kroder und Christa Naaß für stets sachliches, kollegiales und besonnenes Führungsverhalten an der Spitze des Bezirkstages!

**Ihnen allen, einschließlich allen Bezirkstagskolleginnen und -Kollegen wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches und friedliches neues Jahr.**